

BUND Naturschutz und Bayerischer Bauernverband lehnen Mercosur-Abkommen ab

Mercosur schadet bäuerlicher Landwirtschaft und Umwelt

„Das geplante Assoziationsabkommen gefährdet bäuerliche Landwirtschaft in den Mercosurstaaten genauso wie in Bayern“, sind sich Peter Fichtner, Kreisobmann des Bayerischen Bauernverbands (BBV) Bad Tölz und Richard Mergner, Vorsitzender des BUND Naturschutz (BN) einig. Denn die sozialen und ökologischen Folgen der Steigerung des Agrarhandels, der durch das Abkommen erzielt werden soll, wären enorm. Außerdem würden die Lebensmittelsicherheit und das Vorsorgeprinzip ausgehebelt.

Bei einem gemeinsamen Treffen im Herbst 2019 haben BBV und BN Standpunkte und Argumente ausgetauscht und entschieden, an gemeinsamen Standpunkten anzuknüpfen und diese gemeinsam weiter zu verfolgen.

Das Europäische Parlament, der EU-Rat, wie auch die nationalen Parlamente müssen das Abkommen ratifizieren, bevor es in Kraft treten kann. BN und BBV fordern deshalb von Ministerpräsident Söder und den bayerischen Abgeordneten sowie von der Bundesregierung, das Abkommen abzulehnen.

Wettbewerbsverzerrungen

Durch das Mercosur-Abkommen drohen insbesondere bei Rindfleisch, aber auch bei Geflügelfleisch und Zucker erhebliche Wettbewerbsverzerrungen und Marktverwerfungen zu Lasten der europäischen Bauernfamilien. „Es kann und darf nicht sein, dass bei uns Standards immer weiter steigen, während Tür und Tor geöffnet werden für ausländische Produkte, die zu wesentlich niedrigeren Standards und Kosten produziert werden“, sagt Fichtner.

Ungerechtigkeit und Umweltschäden

Bäuerliche Landwirtschaft und Umwelt in den Mercosurstaaten sind bedroht, denn schon heute führt der Soja-Anbau sowie das Wachstum der Rinderherden beispielsweise in Brasilien zu massiver Abholzung, Landkonflikten und einer Verschärfung der Klimakrise. Das zeigt sich auch am CO₂-Fußabdruck von Rindfleisch aus Brasilien: Er ist dreimal so hoch, wie der von deutschem Rindfleisch.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Bad Tölz, 06.02.2020

PM 006-20/ LFG

Landwirtschaft



**Bayerischer
Bauernverband**

Vorsorgeprinzip und Prozessqualität missachtet

Die Mercosur-Mitgliedsstaaten haben gerade bei Lebensmittelsicherheit, Umwelt-, Tier- und Klimaschutz deutlich niedrigere Standards, als sie die EU-Landwirte erfüllen. Beispielsweise hat Brasilien allein seit Anfang dieses Jahres die Anwendung von 150 Pflanzenschutzmittelwirkstoffen erleichtert, von denen mindestens 24 in der EU keinerlei Chance auf eine Genehmigung hätten. Auch die Tierhaltung in den Mercosur-Staaten hält einem Vergleich mit den EU-Standards nicht stand, ob mit Blick auf das Tierwohl, den Antibiotikaeinsatz oder Hygiene und Rückverfolgbarkeit.

In den südamerikanischen Staaten ist z.B. das Pflanzenschutzmittel Atrazin nach wie vor zugelassen. Antibiotika sind als Leistungsförderer erlaubt und können ohne Hinzuziehung eines Tierarztes gekauft und eingesetzt werden. Das brasilianische Tierschutzgesetz stammt aus dem Jahr 1934.

Für Rückfragen:

Marion Ruppner, BN Agrarreferentin, Tel. 0911 81878-20/21;
marion.ruppner@bund-naturschutz.de

Nicole Fischer, kommiss. Dienststellenleiterin, Bayerischer Bauernverband,
Dienststelle Holzkirchen, Tel. 08024/9928- 10
Holzkirchen@BayerischerBauernverband.de

Hintergrund:

„Der Gemeinsame Südamerikanische Markt (Mercado Común del Sur, MERCOSUR) ist ein regionaler Zusammenschluss der vier südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. MERCOSUR wurde 1991 gegründet und hat zum Ziel, durch politische, soziale und wirtschaftliche Zusammenarbeit die regionale Integration zu fördern. Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela sind assoziierte Mitglieder.“ Aus:

https://www.bmz.de/de/service/glossar/G/gemeinsamer_suedamerikanischer_markt_mercosur.html

Die Handelsverhandlungen der Europäische Union (EU) mit den Mercosur-Staaten haben bereits im Jahr 1999 begonnen. In dem Abkommen verfolgt die EU vor allem das Ziel, europäische Autoexporte zu erhöhen. Den Staaten Südamerikas geht es hauptsächlich darum, ihre Agrarexporte auszuweiten. Ende Juni 2019 wurde am Rande der G20-Konferenz eine politische Einigung verkündet. Ein vollständiger und rechtlich geprüfter Text des Abkommens liegt noch nicht vor.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Bad Tölz, 06.02.2020
PM 006-20/ LFG
Landwirtschaft